

Die Revolution von 1918/19

»Wir sollten sie als die Geburtsstunde der deutschen Demokratie ansehen und deutlich machen, was wir dieser Revolution verdanken, vom Frauenwahlrecht bis zum Gedanken der Mitbestimmung in der Wirtschaft.«

Wolfgang Niess ist der Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten vor allem als Moderator im Radio und in seiner Veranstaltungsreihe »Autor im Gespräch« bekannt geworden. Doch seit seinem Studium in Stuttgart und Tübingen beschäftigt ihn auch die Revolution von 1918/19 und ihre Deutungen in der deutschen Geschichtsschreibung, dies wurde zum Thema seiner Dissertation. Nun erschien im Europa Verlag sein umfangreiches Buch *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie* (464 Seiten, 24,90 Euro). Im Gespräch mit Jörg Armbruster gibt er Auskunft darüber, wie er diese Revolution einschätzt.

Wie konnte es sein, dass in so kurzer Zeit eine Revolte kriegsmüder Matrosen auf ganz Deutschland übergriff und zu einer deutschen Revolution wurde?

Die Zeit war schlicht reif. Nach vier Jahren Krieg waren die Menschen zermürbt von Hunger und von Krankheiten, die soziale Situation war verheerend. Schon im Januar 1918 hatte es große Streiks in der Rüstungsindustrie gegeben. Es genügte ein Funke, der dieses Pulverfass hochgehen ließ – vor allem nachdem die Militärs die Niederlage eingestanden hatten.

Um was ging es den Matrosen und den Soldaten? Um eine demokratische Republik oder einfach um ein Ende des Krieges?

In den ersten Tagen um ein Ende des Krieges. Mit dem Sterben sollte endlich Schluss sein. Es ging aber auch sehr schnell um politische Fragen. Schon Anfang November war das erkennbar, und spätestens auf dem ersten Reichsrätekongress im Dezember zeigte sich sehr deutlich, dass die weit überwiegende Mehrheit dieser revolutionären Arbeiter und Soldaten eine demokratische Republik wollte – mit demokratischen Strukturen in allen Bereichen der Gesellschaft wie Militär und Verwaltung, auch in der Arbeitswelt.

Der Begriff Soldatenräte erinnert an die russische Oktoberrevolution, die ein Jahr zuvor erfolgreich gewesen war. War sie ein Vorbild für die Matrosen und Soldaten?

Nicht unmittelbar. Man hat die »Räte« vielleicht so genannt, weil es auch in Russland »Räte« gab. Man hat ja auch die rote Fahne als Symbol aufgezogen, aber Russland war kein Vorbild. Die Räte waren eine spontane und einfache Selbstorganisation der Soldaten und Arbeiter, die von ihren Parteien, der SPD und der USPD, nur zögerlich unterstützt wurden.

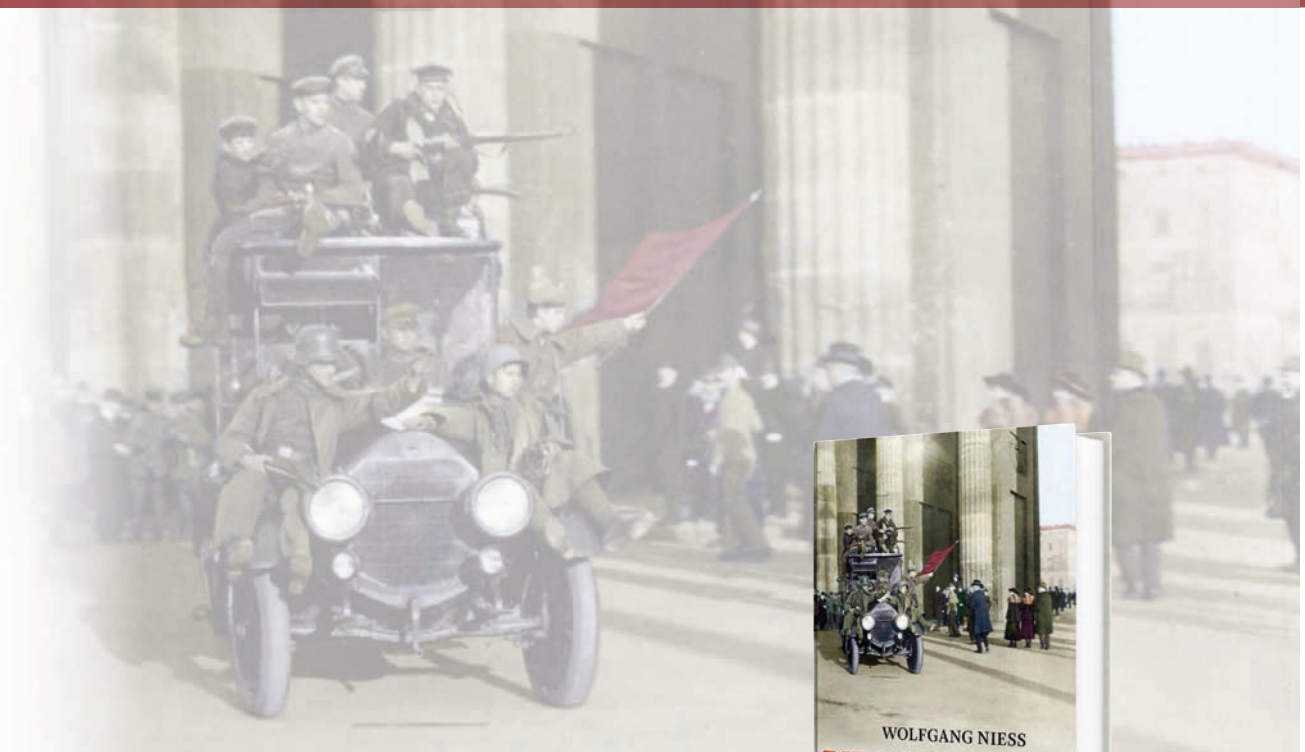
Welche Rolle spielten damals die Spartakisten und die Ende Dezember gegründete KPD?

Der Spartakusbund war Teil der USPD, dort aber nur eine kleine, wenn auch lautstarke Minderheit. Das bot dem rechten Lager allerdings die Möglichkeit, das Schreckgespenst des angeblich drohenden Bolschewismus an die Wand zu malen. Innerhalb der Arbeiterschaft war die Unterstützung der KPD denkbar gering. Bei den Reichstagswahlen 1920 landete sie bei 2,1 Prozent. Es gab damals keine reale bolschewistische Gefahr.

Aber wenn es diese Gefahr nicht gab, warum hat sich dann dieses Narrativ teilweise bis heute gehalten?

Nationale und monarchistische Kreise machten hemmungslos Propaganda mit der Angst vor dem Bolschewismus. Unternehmer bezahlten Plakataktionen, bei denen ganz offen zur Ermordung der kommunistischen Führer aufgerufen wurde. Da entstand eine regelrechte Hysterie. Aufstandsversuche und Streiks sind dann im Frühjahr 1919 mit großer Brutalität niedergeschlagen worden – von Freikorps unter dem Oberbefehl des Sozialdemokraten Gustav Noske. Auch die SPD-Spitze hat die Bolschewismusegefahr maßlos übertrieben und so ihr Vorgehen gerechtfertigt.

In der Geschichtsschreibung war das Narrativ vom drohenden Bolschewismus besonders stark in den 1950er Jahren, in der Zeit des Kalten Krieges. Karl-Dietrich Erdmann, einer der damals führenden Historiker, hat die Formel geprägt, 1918/19 habe es nur die Alternative »Weimarer Republik« oder Bolschewismus gegeben. Das hat vor allem die Situation der 1950er Jahre widerspiegelt, nicht aber die von 1918/19.



Wem ist dann diese Geburtsstunde der deutschen Demokratie, wie Du diese Zeit bezeichnest, zu verdanken? Den Räten oder der SPD und Ebert?

Sie ist zunächst vor allem den demonstrierenden und streikenden Arbeitern und Soldaten zu verdanken, nicht den Parteien, weder der SPD noch der USPD. Es war wirklich eine spontane Bewegung von unten von unwiderstehlicher Kraft.

Ebert und die Führung der SPD haben damals auch mit der ehemals kaiserlichen Armee gekungelt. Hat das die demokratische Entwicklung gefährdet?

Es hat sie gefährdet. Das hat aber nicht am 10. November begonnen, wie häufig zu lesen ist. Mit dem legendären Telefonanruf bei Ebert stellt General Groener, der Quasi-Chef der Obersten Heeresleitung, sich lediglich auf den Boden der Tatsachen und erkennt die neue Regierung an. Erst am 23./24. Dezember kommt es zu einer Zusammenarbeit von SPD-Führung und Militärs gegen die radikale Linke. In den Wochen dazwischen war es weder der SPD- noch der USPD-Führung gelungen, die radikale Linke, sprich Spartakus, in eine gemeinsame Strategie der Arbeiterbewegung einzubinden.

Warum ist das nicht gelungen? Hatte Ebert größeres Vertrauen in die ehemals kaiserlichen Generäle als in die Räte?

Nein, das kann man so nicht sagen! Die Aktivitäten der Räte waren ihm sicher zu undurchsichtig und chaotisch. Er wollte mithilfe einer ordentlichen Regierung und Verwaltung vor allem die akuten Alltagsprobleme in den Griff bekommen: Versorgung mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial, Demobilisierung der Armee, Schaffung von Arbeitsplätzen. Natürlich wollte er auch errei-

chen, was die SPD seit Langem gefordert hatte: dass das Deutsche Reich eine parlamentarische Demokratie wird.

Ebert ist am 10. November ein Regierungsbündnis mit der USPD eingegangen, die sich im Lauf des Krieges von der SPD abgespalten hatte, und er hat dabei weitreichende Zugeständnisse gemacht. Jede der beiden Parteien stellte drei Vertreter in diesem »Rat der Volksbeauftragten«, obwohl die SPD deutlich stärker war. Ebert hätte auch Karl Liebknecht im »Rat der Volksbeauftragten« akzeptiert, hätte ihn gerne eingebunden, aber Liebknecht wollte das nicht. Bis Mitte Dezember haben SPD und USPD unter schwierigsten Umständen vernünftige Politik gemacht. Sie wurden allerdings vom Spartakusbund heftig angegriffen. Ebert hat keineswegs von Anfang an auf die Generäle gesetzt.

Hätte ein Schulterschluss von Dauer zwischen SPD und USPD die Weimarer Republik stabiler gemacht?

Wäre er von Dauer gewesen, dann wäre die Weimarer Republik stabiler gewesen. Davon bin ich überzeugt. Dann wäre die Demokratisierung in vielen Bereichen weiter vorangekommen. Die USPD war aber eine Partei mit sehr unterschiedlichen Strömungen. Der linke Flügel ging zunehmend auf Distanz zu einer gemeinsamen Regierung mit der SPD. Es war ein großer Fehler der USPD, Ende 1918 aus der gemeinsamen Regierung auszuscheiden.



Foto: Jörg Eckhardt

Aber trotz mancher Versäumnisse und Fehler der Anfangsmonate ist eine demokratische Republik entstanden, die nach und nach Stabilität und Sicherheit gewonnen hat. Die Weimarer Verfassung, die 1919 entstand, hat Freiheitsrechte garantiert, soziale Rechte anerkannt und ein insgesamt gut funktionierendes politisches System installiert.

Aber damals ist ja nicht nur die Demokratie geboren worden, sondern auch der Rechtsextremismus. Wer waren diese Kräfte?

Ich denke, er ist schon vorher geboren worden, aber 1918/19 ist er ganz offen in Erscheinung getreten. Es gab eine Vielzahl von nationalistischen, völkischen Gruppen, die vom Antisemitismus bis zur Dolchstoßlegende Themen propagierten, die auch im liberalen Lager immer mehr hoffähig wurden. Es gab damals eben nicht nur ein rechtsextremes Lager von 15 bis 20 Prozent, sondern eine Ausstrahlung dieses Denkens bis tief in die politische Mitte hinein. Die Mehrheit des Bürgertums stand nur anfangs auf der Seite der Revolution, danach kippte es nach rechts.

Nach 15 Jahren war alles vorbei. Die Nazis zerschlugen die erste deutsche Demokratie unter dem Jubel der großen Mehrheit der Bürger. Ist diese Revolution trotzdem die Geburtsstunde der deutschen Demokratie?

Es ist die Geburtsstunde, weil die Revolution eine durchaus stabile demokratische Republik ins Leben gerufen hat. Diese Republik war nicht von Anfang an zum Scheitern verurteilt, sondern hatte zwischen 1924 und 1929 sehr gute Jahre. Keiner hat zu diesem Zeitpunkt mit einem Adolf Hitler als Reichskanzler gerechnet. Die Republik ist an der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Wirtschaftspolitik ab Ende 1929 gescheitert. Es gab 6 Millionen Arbeitslose, die unter Bedingungen lebten, die uns auch heute vor große Probleme stellen würden. Es gab keine gute Arbeitslosenversicherung, die Not war groß. Reichskanzler Brüning hat diese Massenverelendung ganz bewusst in Kauf genommen, um dem Ausland

zu zeigen, dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, die Reparationen zu bezahlen, die ihm der Versailler Friedensvertrag auferlegt hat. Das alles hat der NSDAP geholfen.

War die Weimarer Demokratie in ihrer Endphase eine Demokratie ohne Demokraten?

In der Endphase kann man das durchaus sagen. Die NSDAP bekam im Juli 1932 mehr als 37 Prozent der Stimmen, die Deutschnationalen lagen bei knapp 6 Prozent. Die KPD war inzwischen mit gut 14 Prozent eine Massenpartei geworden und auch sie stand nicht hinter der parlamentarischen Demokratie.

In diesem Jahr jährt sich zum hundertsten Mal diese Revolution von 1918. Weimar neu denken, so lautet Deine Forderung. Was sind die wesentlichen Punkte, die neu bedacht werden sollten?

Wir sollten die Revolution als die Geburtsstunde der deutschen Demokratie ansehen. Wir sollten die große Leistung der Soldaten, der Matrosen, der Arbeiter anerkennen, die Anfang November 1918 die Monarchien in Deutschland beseitigt haben. Wir sollten deutlich machen, was wir dieser Revolution verdanken, vom Frauenwahlrecht bis zum Gedanken der Mitbestimmung in der Wirtschaft. Sie ist eine der stärksten Wurzeln unserer heutigen Bundesrepublik.

Gerade weil diese Revolution letztlich eine stabile Demokratie geschaffen hat, sollten wir uns allerdings zugleich klarmachen, dass Demokratie wieder verloren gehen kann. Das gilt auch für uns heute. Man muss für Demokratie streiten, man muss für Demokratie kämpfen, sonst setzt man sie aufs Spiel.

Die Fragen stellte Jörg Armbruster.